

Wirtschaftliche Wirtschaftskorrespondenz eine Bitte bei, auf die ich die Korrespondenz von weiteren Persönlichkeiten an bitten, die für die gemeinsame Arbeit in Frage kommen.

Ich glaube, daß auf diese Weise eine gezielte Zusammenarbeit unserer Bewegung mit den Führern der Industrie zum Wohl der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes am besten gesichert ist. Außerdem kann diese Zusammenarbeit eine Grundlage für alle weiteren Verhandlungen von Nutzen sein, die in den Parlamenten gestellt werden oder gestellt werden sollen.

Wollen die irregulären Kapitalisten und Kleinrentnerischen Schichten noch einen schlüssigeren Beweis, was für Fortschritt, von den Ausbeutern befohlene Gesellen ihre Führer sind? Die Ausbeuter beschließen 12 Milliarden jährlich ins Ausland, um sich vor Steuern zu drücken. Sie haben den schändlichen Mittelständlern erst Anfang dieses Jahres 5 Prozent des Lohnes gestraubt. Sie rühen zu einem Generalangriff auf die Tagelöhner und Arbeiterinnen, deren Wochenlohn von 10 und 20 Mark noch um weitere 10, 20 und mehr Prozent gestürzt werden soll. Sie plündern durch ihre Konjunkturpolitik die Mittelständlichen und armen Bauern aus.

So frech hat noch niemand geschwindelt!

Der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion teilt uns folgendes mit: In der Nazi-Zeitung 'Kreuz und Adler', dem Organ der verbotenen 'Hitlerbewegung', feiert irgendein politischer Verräter die schamlosen Einmischungen. Es heißt da wörtlich: 'Kein Wunder, daß die Arbeiter im Reichstag die Hände mit handgreiflichen Klagen zu helfen versuchen. Sie brauchen dabei die Methode, die auch nationalsozialistische Wägen finden können, mit glatten Worten zu verbinden und daraus schmeichelehaftes Material zu schneidern. Sie branden eine Steuer gegen Millionäre. Die Reichsregierung! Seid doch endlich lehrhaft die Nationalsozialisten diese Steuer ab und brachten den Antrag ein mit dem Inhalt, das Einkommen der Millionäre zur Verbilligung von Arbeitsstellen für die arbeitenden Deutschen zu verwenden. Dieser Antrag wurde von SPD und KPD gemeinsam abgelehnt. Die kommunistische Partei will dem deutschen Arbeiter gar nicht helfen, sondern lediglich der Erfüllung der Regierung.'

Jedes Wort eine gemeine, bewusste Lüge. Gabe es in der deutschen Republik einen Fotografen, wemals politische Zeitung beschuldigt werden könnte, der Schreiber obigen Textes müßte ins Justizhaus geschickt werden. Was ist Wahrheit? Wahrheit ist, daß die Nationalsozialisten gegen den kommunistischen Wähler- und Wählerinnen-Steuerantrag gestimmt haben, obgleich dieser Antrag ausdrücklich vorsieht, daß alle Einnahmen aus dem Einkommen dieser Steuern lediglich für die Erwerbslosen und die Opfer der Arbeit und des Krieges verwendet werden sollen.

Wahrheit ist, daß die Nazis, solange sie im Reichstag sind, noch niemals einen Steuerantrag eingebracht haben, geschweige einen Antrag, der die Millionäre schenken soll.

Wahrheit ist, daß die Kommunisten den Antrag auf Verbilligung des Geldwertes eingebracht haben, daß dieser Antrag, wie jedem bekannt, im Ausschuss mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen wurde. Jetzt aber, nach dem Auszug der Nazis aus dem Reichstag, ist die Annahme des Antrages im Plenum durch die Nazis verhindert worden.

Wer der Erfüllung der Regierung in der Tat geholfen hat, das zeigt die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf sofortige Einstellung der Youngabteilungen am 29. Oktober. Zusammen mit allen Youngparteien stimmten die Nazis gegen diesen Antrag.

Alles das ist unerschütterliche Wahrheit, die, so unangenehm es den Kapitalisten ist, ihnen täglich vorgehalten werden muß.

Jugend, heraus zum Protest!

Hamburg, 13. Februar. (Eigene Drahtmeldung) Seit einigen Tagen befindet sich der Bezirksleiter der Kommunistischen Jugendverbände, Hellmut Krawinkel, in Untersuchungshaft im Hamburger Untersuchungsgefängnis. Bis heute war es ihm nicht möglich, einen Rechtsanwalt zu empfangen. Die Untersuchungshaft wird begünstigt mit einem eingesetzten Rechtsanwalt wegen Hochverrats. Wie jetzt nach Einzelheiten über den Inhalt der hiesigen Verhaftung nicht zu ermitteln. Die Verhaftung des Genossen Krawinkel unmittelbar vor dem Hamburger Schornsteinkehrerfest bedeutet das Vergehen der Polizei und Klassenjustiz als Verstoß, die verwerflichste Strafe des Jugendproletariats an der Wasserfront zu lassen.

Nazis und SPD-Führer als

Youngfnechte in- und außerhalb des Reichstages

Nur Kommunisten für sofortige Einstellung der Youngabteilungen und Austritt aus dem Völkerbund - Sozialdemokraten stimmen für Aufrufung

Berlin, 12. Februar. (Eig. Bericht) Am Donnerstag wurden im Reichstag die jüngst beschlossenen Bestimmungen zum Etat des Auswärtigen Amtes vorgenommen. In namentlicher Abstimmung wurde der kommunistische Antrag auf sofortige Einstellung der Youngabteilungen aus dem Youngplan mit 314 gegen 60 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Also nur die Kommunisten stimmten gegen die Einstellung der Youngabteilungen. Über die Abstimmung werden die deutschen und internationalen Finanzkapitäne und Youngherren erfreut sein, denn sie wissen, daß auch die Nationalsozialisten und Reichsnationalisten, wären sie im Reichstag anwesend, mit allen Youngparteien zusammen gegen den kommunistischen Antrag stimmten hätten, genau wie sie in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 29. Oktober gestimmt haben.

Abgelehnt wird auch der kommunistische Antrag auf sofortigen Austritt aus dem Völkerbund. Auch bei dieser Abstimmung erhoben sich nur die Kommunisten für den Antrag. Bekanntlich auch die Nationalsozialisten und Reichsnationalisten bei den letzten Abstimmungen im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages gegen den kommunistischen Antrag auf Austritt aus dem Völkerbund gestimmt haben, besteht auch in dieser Frage eine Einheitsfront von Breitscheid bis Reventlow.

Zur Abstimmung kamen dann noch eine Reihe Entschleunigungen, deren wichtigste die Entschleunigung der Brünings-Politik war, die verlangt, daß ein Zustand geschaffen wird, der allen Staaten gleiche Ehrlichkeit bietet. Der Sinn dieser Entschleunigung ist lediglich das Verlangen der deutschen Bourgeoisie nach schneller Erfüllung im selben Maße, wie die Erfüllung in Frankreich, England und in anderen kapitalistischen Staaten. Obgleich die Sozialdemokraten ihren Namen nicht unter diese Entschleunigung gesetzt haben, stimmten sie zu und dokumentierten damit, daß sie in der Front der Auslieferungsparteien stehen. Nur die Kommunisten lehnten die Aufschleunigung ab.

Aber auch bei der Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Wamm und von Lindener-Wildau, alle der Stahlhelmgruppe im Reichstag, entlarvten sich die Sozialdemokraten als die besten Hilfspolizisten des deutschen Finanzkapitals und seiner imperialistischen Politik. In dem Antrag von Lindener-Wildau wird nämlich gefordert:

Jedoch wie möglich mit den am Youngplan beteiligten Mächten in die Geltung der Tribüne zu treten und beim alle innerpolitischen Maßnahmen, die zum Erfolg nötig sind, zu treffen.

Gen. Stöcker gab für die kommunistische Aktion der Abstimmung die Erklärung ab, daß die Kommunisten sich gegen diesen Antrag erhoben. Unter innerpolitischen Maßnahmen verstehen nämlich die Brüning-Parteien nichts anderes, als einen weiteren Vorkriegs- und den weiteren Ausbau der Sozialpolitik, sowie den verächtlichen Terror gegen die Arbeiter. Die Abstimmung der Abstimmung ergab, daß auch bei diesen Antrag des Stahlhelms die Sozialdemokraten geschlossen ihre Stimmen abgaben.

Tann wurde in die Beratungen zum Wirtschaftsetat einbezogen.

Wie die Nazis die Erwerbslosen verhöhnen

Berlin, 12. Februar. (Eig. Bericht) Bei Beginn der Donnerstagssitzung des Reichstages trillte ein Antrag des Sozialdemokraten Kaufhäuser Reichstagsabgeordneter Pöde mit, daß in der Tat ein Schreiben des Reichsministers Dr. Reich eingeschlagen sei, in dem es heißt, daß die Nazis die hiesigen Nationalsozialisten an die ausgebeuteten Erwerbslosen gehalten werden sollen. Abgesehen davon, daß dieses Schreiben eine eindeutige Beschuldigung ist, denn jeder weiß, daß über 50 Prozent der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten über hohe Pensionen verfügen, teilt Reichstagsabgeordneter Pöde mit, daß bereits am 1. Februar allen nationalsozialistischen Abgeordneten die franten sowohl wie die gelunden, ihre politischen Diktator für Monat Februar von der Reichstagsabgeordneten abgeholt haben.

Diese Mitteilung wurde im Reichstag mit großer Entrüstung aufgenommen.

Damit ist wieder ein schamloser Neffenschand der Nationalsozialisten geplatzt. Sie wollten die Erwerbslosen verhöhnen und müssen jetzt selbst Spott und Verachtung ernten.

Fried und Grzesinski verbieten antifaschistische Demonstrationen

Gleiche Brüder, verschiedene Kappen

Berlin, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung) Der sozialdemokratische Parteipräsident Grzesinski hat die von der KPD am Sonntag geplante Pulgartendemonstration ebenso wie die Demonstration der Nazis im Pulgarten verboten. In der Begründung des Verbots heißt es: 'Bei dem starken politischen Gegensatz, der nach außen hin (!) zwischen den beiden gegenwärtigen Parteien besteht und von beiden Seiten fortgesetzt verschärft wird, der von Tag zu Tag zu tätlichen Angriffen beiderseitiger Anhänger, zu gefährlichen Körperverletzungen und sogar zu Totschlägen geführt hat, gefährden die beiden Demonstrationen unter jedem Himmel unmittelbar die öffentliche Sicherheit und Leben und Gesundheit der Teilnehmer.'

Die 'Nazi-Kapone' schreiben dazu: 'Dieses Verbot Grzesinskis ist ein Schlag gegen die rote Einheitsfront, die gegen die Nationalsozialisten am kommenden Sonntag demonstriert werden sollte. Das Verbot Grzesinskis ist der größte Gefallen, der Goebbels getan werden konnte. Er verhindert, offen sichtbar werdend, den Willen zum Aufmarsch der roten Einheitsfront. Während Herr

Grzesinski den kämpfenden Antifaschisten die Straße verbarren lassen würde, die Schütze der Vorberaumten gegen unbewaffnete Arbeiter. Arbeitslos sind in den Straßen Berlins verbarren. Aber Grzesinski verbietet Arbeiterdemonstrationen. Grzesinski hat sich aber verschrieben, wenn er glaubt, das rote Berlin würde in jedem neuen nationalsozialistischen Aufmarsch die mächtigsten Demonstrationen seiner antifaschistischen Einheitsfront entgegenstellen. Die Straßen und die Plätze des roten Berlin werden von schändlichen Vorberaumten im Nordhafen geläubert werden.'

Jena, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung) Der Innenminister Reich hat alle Aufmärsche aus Anlaß des am Sonntag stattfindenden Volkstages verboten. Tann hat der Innenminister und Nationalsozialist Reich erneut verboten, wie sehr er sich die kapitalistische Klasse diese mächtigen Klassenabermächtigungen zur Unterstützung der programmatischen Forderungen des Volkstages gegen den Nationalismus wünscht.

KPD-Sieg bei Thälßen

Thalburg, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung) Schieren und vorgelagerten Landen auf der Festung-Schankelange Thälßen 2-5 die Betriebsratswahlen statt. Da im vorigen Jahre 1100 Mann der Belegschaft abgebaut worden sind, war die Zahl der Wähler bedeutend geringer. Die Reformisten erhielten 433 Stimmen, im Vorjahr hatten sie 3225 Stimmen, ihre prozentuale Stimmenbeteiligung laut damit von 25 auf 27 Prozent. Die Christen erhielten 154 Stimmen, im Vorjahr hatten sie 670 Stimmen. Sie hatten somit von ihren vorjährigen 18 Prozent Stimmenbeteiligung nur noch 5 Prozent. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition erhielt 222 Stimmen, im Vorjahr 1548 Stimmen, und steigerte ihren prozentualen Stimmenanteil von 40 auf 42,5 Prozent. Die Nationalsozialisten, die eine von den Unternehmern geleitete Liste aufgestellt hatten, erhielten 543 Stimmen. Die Reformisten hatten bei den Vorkriegswahlen von 125 auf 28 Stimmen, während die KPD bei den Vorkriegswahlen 80 gegenüber 70 Stimmen im Vorjahr erhielt. Die KPD erhielt 6 Wählerstimmen, einen Erfolgsmann; die Reformisten 4 und einen Erfolgsmann; die Christen 2, Nazis 1, Wfa und gelbe Arbeiterliste je 1.

Kapitalistische Produktionsabotage

Dresden, den 12. Februar. Wie II meldet, sollen in Dresden sämtliche Kohlengruben bis auf die Schächte 'Maria' und 'von Boh' stillgelegt werden. So vernichten die Inhabergewaltigen die Produktion und die KPD-Freie Schicht von 'Befreiung der Tage' für die Inhabergewaltigen Arbeiter werden am 25. Februar zum internationalen Kampftag gegen Missetätigkeit demonstrieren und sich gemeinsam zum Kampf gegen die Antiarbeitspolitik der Ausbeuterbande.

Die Metallwarenfabrik von Hoffmann in Sebnitz ist in Konkurs geraten und hat den Betrieb stillgelegt. Die Arbeiter und Angestellten kommen zur Entlassung.

Die Juche 'Friedrich der Große' in Rerne entließ 1000 Arbeiter und 40 Angestellte. Die Juche Rheinbaben und Müllere

entlassen 500 Kumpels, und auf fünf weitere Jochen kommt ebenfalls 500 zur Entlassung. Die Juche 'Karl' von der Juche generer Bergbau-AG, legt 1100 Prozent des Betriebs ab und wird 1000 Kumpels auf Vorrat werben. Immer wieder sollen werden in die Handarbeit einbezogen. Die Juche 'Karl' von der Juche generer Bergbau-AG, legt 1100 Prozent des Betriebs ab und wird 1000 Kumpels auf Vorrat werben. Immer wieder sollen werden in die Handarbeit einbezogen. Die Juche 'Karl' von der Juche generer Bergbau-AG, legt 1100 Prozent des Betriebs ab und wird 1000 Kumpels auf Vorrat werben. Immer wieder sollen werden in die Handarbeit einbezogen.

Fortsetzung der Schuldebatte im Landtag

Dresden, den 12. Februar. Die gestrige Landtagsdebatte war wieder völlig ausgefüllt mit der Diskussion um den Schuldenetat. Die Bürgerlichen und SPD erörterten sich, nachzuweisen, daß jede Fraktion das richtige Rezept für die Erhebung der parlamentarischen Jugend der Arbeitslosen der Ausbeuter habe. (Sonn offen wurde ein Ausdruck gebracht, daß ihre Grundlinie realistische Juche. Die Verhinderung des kapitalistischen Spitzens und Ausrottung der selbständigen Regierung der Kinder in den Schulen ist. Studienkommission vertritt, daß die Nazis den 18. Januar zum 'Kulturfeiertag' bestimmen werden. Die Bourgeoisie und als aggressivsten Verteidiger der Nazis brachten zum Ausdruck, daß in der Zeit des Kautenbandes und der Herrschaft der Finanzkapitals die Erziehung zu kochlichem Können für die herrschende Klasse gefährlich und die berichtigte Schulpolitik der glückliche Unterland, das 'Kulturboom' ist. Genosse Braunborn erklärte, daß die Kommunisten gegen die Verhinderung der proletarischen Jugend den Klassenkampf außerhalb des Parlaments organisieren und jedes Bestreben, durch Nationalistengesetze über Verfallungstage den Kapitalismus zu verberlichen auf das entschlossene ablehnen. Die Abstimmung über die Schulfrage zu den Schuldebatte erfolgt erst später.

Nächste Sitzung Dienstag den 17. Februar, 12 Uhr.

20 Pro in

gustaw. erbeiter un... an um jwa...

Heraus zum W...

Waffen

Wir arbeiten...

Zwan

Die S

Die S

Die S

Die S

Die S

Die S

Die S

Die S

Die S

Die S

Die S